

Eins : Eins : Berlin steht kopf : Entscheidung über Bebauungen in der Stadtmitte drehen sich nun um eine Schlossattrappe

Autor(en): **Ullmann, Gerhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Werk, Bauen + Wohnen**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 9: **Die ästhetische Verwaltung der Stadt = L'administration esthétique de la ville = The aesthetic administration of the city**

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-60881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

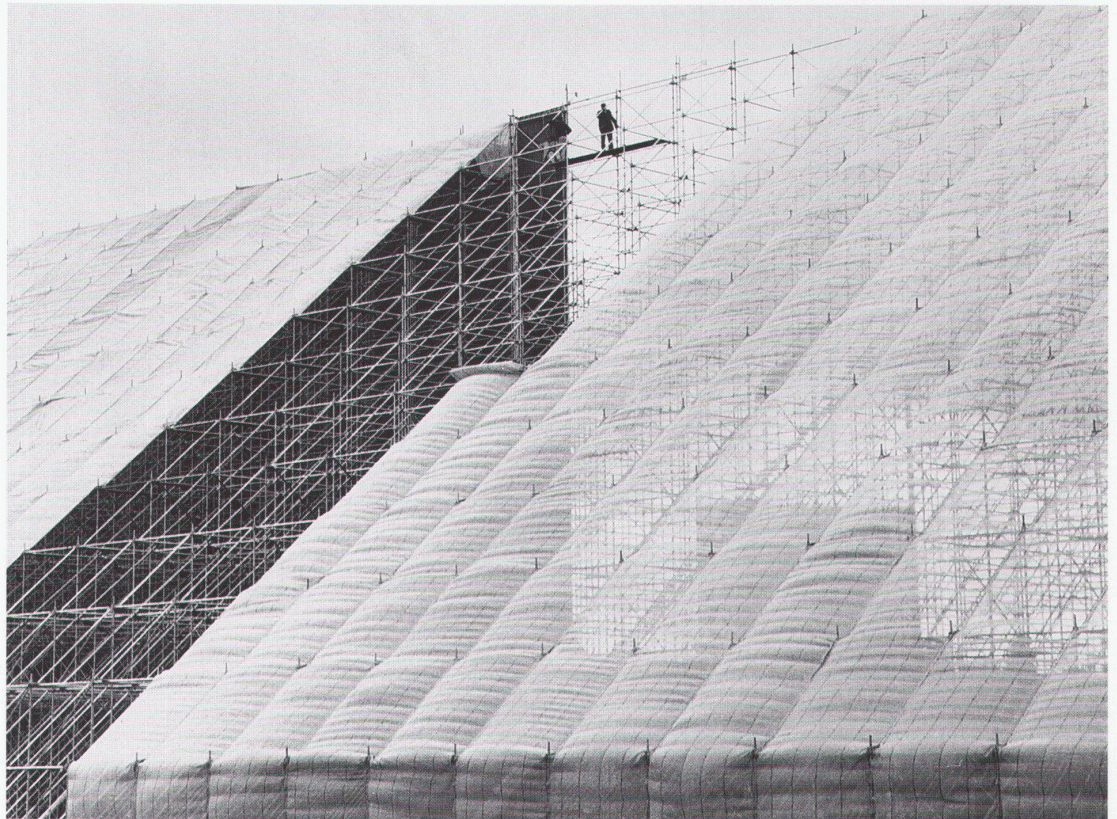
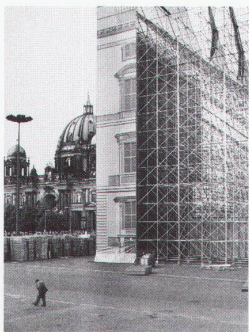
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Berlin steht kopf:
Entscheidung über Bebau-
ungen in der Stadtmitte
drehen sich nun um
eine Schlossattrappe
Abbildung rechts:
die Rückseite



Hundert Tage lang erinnert eine Fassadenrekonstruktion in Form einer erbsengelben Stoffattrappe an das preussische Königsschloss, dessen ausgebrannte Ruinen 1950 auf Geheiß der SED gesprengt wurden. Allein die Werbung für den Wiederaufbau eines Berliner Monumentes kostete rund vier Millionen Mark (zwei Drittel davon wurden durch Spenden finanziert). Die Attrappe im Massstab 1:1 ist nicht zuletzt ein Dokument für Berlins aktuelle politische und städtebauliche Agonie. Der «Förderverein Berliner Stadtschloss» will die alte Hohenzollernresidenz in ihrer steinernen Schwere zurück, um zu verhindern, dass das «Übergewicht der Moderne» die Stadt «erdrückt». Von den acht Vorschlägen von leben-

den Architekten hat eine Jury hingegen ein Projekt von Julia Bolles und Peter Wilson ausgewählt, das an Tucholskys Traum vom Berliner Wohnen erinnert: «Vorn der Kuhdamm, hinten die Nordsee». Das ganze Areal zwischen Spree und Spreekanal ist unter Wasser gesetzt. Neben der schwimmenden Konzertbühne und der Oper steht ein quadratförmiges, eingeschossiges Gebäude auf 22 Meter hohen Stelzen, mit einem Dachgarten und der Residenz des Bundespräsidenten. Die Schwerelosigkeit des Projektes scheint mit der Schwere der Geschichte zu konkurrieren: alles und nichts ist zurzeit in Berlin möglich.

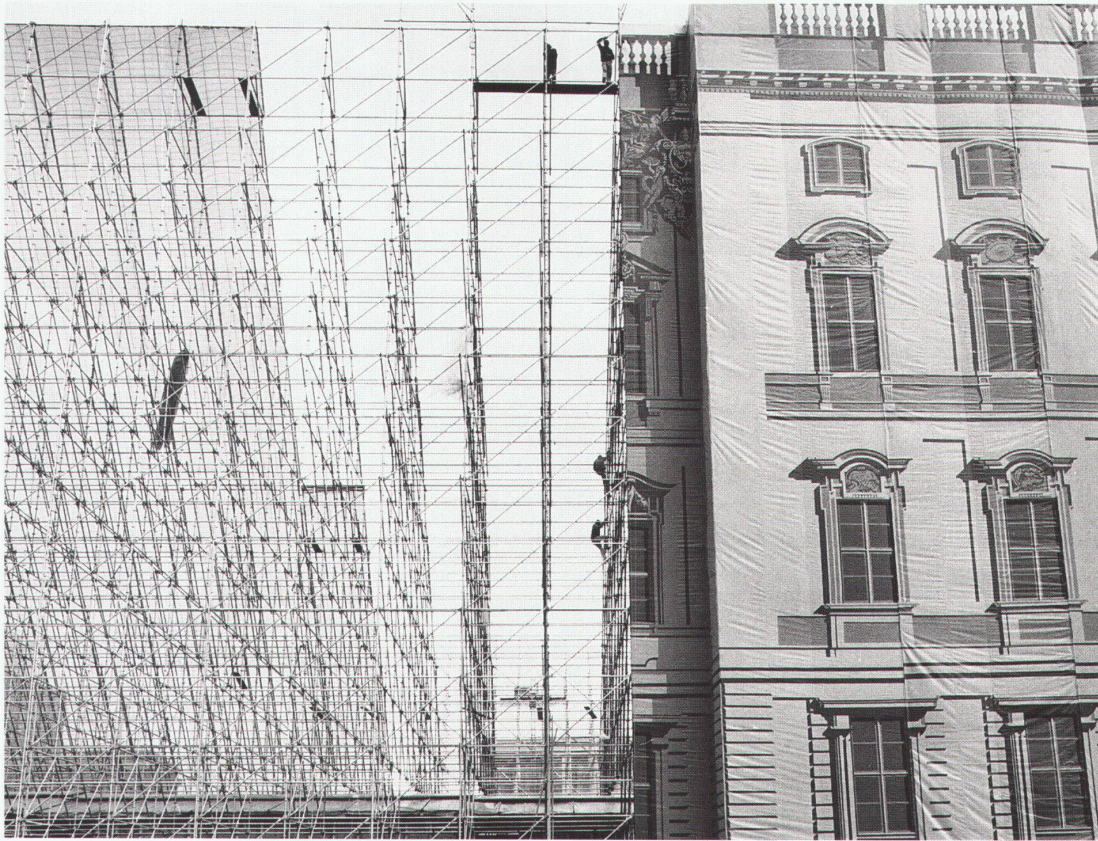
Aus Bonner Sicht mag es nicht ohne Pikanterie sein, nach der Einheitslüge,

der Hauptstadtlüge nun die artifizielle Schlosslüge aus angemessener Distanz mitzuerleben. Der Streit um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses gleicht einer Politikomödie, die – von den F.A.Z.-Regisseuren zur Identifikationsfrage der Hauptstadt hochgespielt – Historiker und Politiker, Architekten und Stadtplaner in einen Streit verstrickt.

Die Diskussion um die Ausgestaltung von Berlins Mitte hat sich in den letzten Monaten auf das Pro und Contra eines Wiederaufbaus des Stadtschlosses verengt, ohne dabei städtebauliche Entwicklungstendenzen zum angrenzenden Marx-Engels-Forum festzulegen. Wie es scheint, hat die Debatte um einen Solitärbau die politische Fragestellung verdrängt.

Die Ursachen wuchern der Hauptstadtmythologien sind weniger im neu erwachten Geschichtsbewusstsein der Deutschen als vielmehr in der sozialen Notlage und in einer Identitätskrise zu suchen, in der sich die frisch gekürte Hauptstadt befindet. Nationale Symbole sind wieder Hoffnungsträger, die die unterschiedliche Nachkriegsgeschichte zweier deutscher Staaten auf einen Generalnenner bringen könnten. Doch der Streit um die Effizienz von Symbolen ist den Fachleuten längst entglitten und droht zu einer Bekenntnisfrage vaterländischer Verantwortlichkeit auszuarten. Nach der schnell verblassten euphorischen Einigungsformel sucht man die Einigkeit in der Vision. Das Gespenst einer Schloss-

Fotos: Gerhard Ullmann, Berlin



attrappe spukt nun neben den Verkündern des Kommunistischen Manifestes in Berlins entleerter Mitte herum. Im Für und Wider um den Wiederaufbau spiegelt sich, hinter städtebaulichen Argumenten getarnt, die Unsicherheit gegenüber allgemeinverbindlichen Wertvorstellungen; denn Zeiten des Umbruchs sind empfänglich für nationale Embleme.

Zeigt sich bereits in der ästhetischen Beurteilung des Schlossbaus Uneinigkeit, so sind auch die städtebaulichen Kriterien zwischen den Fachleuten in Ost- und West-Berlin umstritten. Sozialistische Treue zum Palast der Republik und nationales Bekenntnis für ein Erbstück preussischer Geschichte. Zeitbilder, die unvereinbar sind und die die politische Misere umschreiben, in der Berlin sich befindet.

Die Planer der Hauptstadt, sonst in der Verbreitung von Zukunftsvisionen aufgeschlossen und werbetätig, beweisen in dieser Debatte um ein Phantom ein zaghaftes, taktierendes Demokratieverständnis. Ihr

politischer Widerstandswille erweist sich gegenüber der zielgerichteten, selbstbewusst agierenden Schlossherrenfraktion als äusserst gering. Versteckt unter der Tarnkappe eines historischen Rekonstruktionsversuches schreitet so die Restauration selbstbewusst voran. Ihr Ziel: nach der geglückten Generalprobe Kaiserliches wieder leuchten zu lassen?

Ist die Schlossfraktion in der Strategie sich einig, so sind die Argumente einer Fraktion von Schlossgegnern zwar differenzierter, aber uneffektiver. Man möchte den neoklassizistischen Kasten, den Palast der Republik, als Dokument jüngster Zeitgeschichte erhalten, ihn durch eine veränderte Nutzung als Kommunikationszentrum wieder hoffähig machen. Mit dieser Mobilmachung, das Umfeld zu aktivieren, wird der heikelste Punkt der Schlossdiskussion offengelegt: die durch den politischen Machtverlust und durch städtebauliche Fehlplanung entstandene urbane Leere zu beseitigen und dem ver-

waisten Marx-Engels-Platz durch den Abriss des ehemaligen Aussenministeriums eine neue städtebauliche Fassung zu geben. Ob dies gelingt, ist zweifelhaft. Wo Staatsräson die Raumgestaltung diktiert, dort sollte man nicht auf urbane Wiederbelebung warten. Man muss in den Hauptstädten des europäischen Westens lange recherchieren, um auf eine vergleichbare monumentale Ödnis zu stossen, wie sie das Marx-Engels-Forum präsentiert. Masslos in der Raumaufteilung und kleinbürgerlich durch populistisches Design ist der öffentliche Raum auch städteplanerisch ein fauler Kompromiss, eine Geste des Staates gegenüber kleinbürgerlichen Gewohnheiten.

Scheusslichkeiten übernimmt eine Gesellschaft aus jeder Epoche. Nur: Haben die Gebäude den Vorzug, in einem demokratischen Staatswesen entstanden zu sein, dann ist es einfacher, über ästhetische Defizite zu richten. Liegt jedoch das Entstehungsdatum eines Gebäudes im Herrschaftsbe-

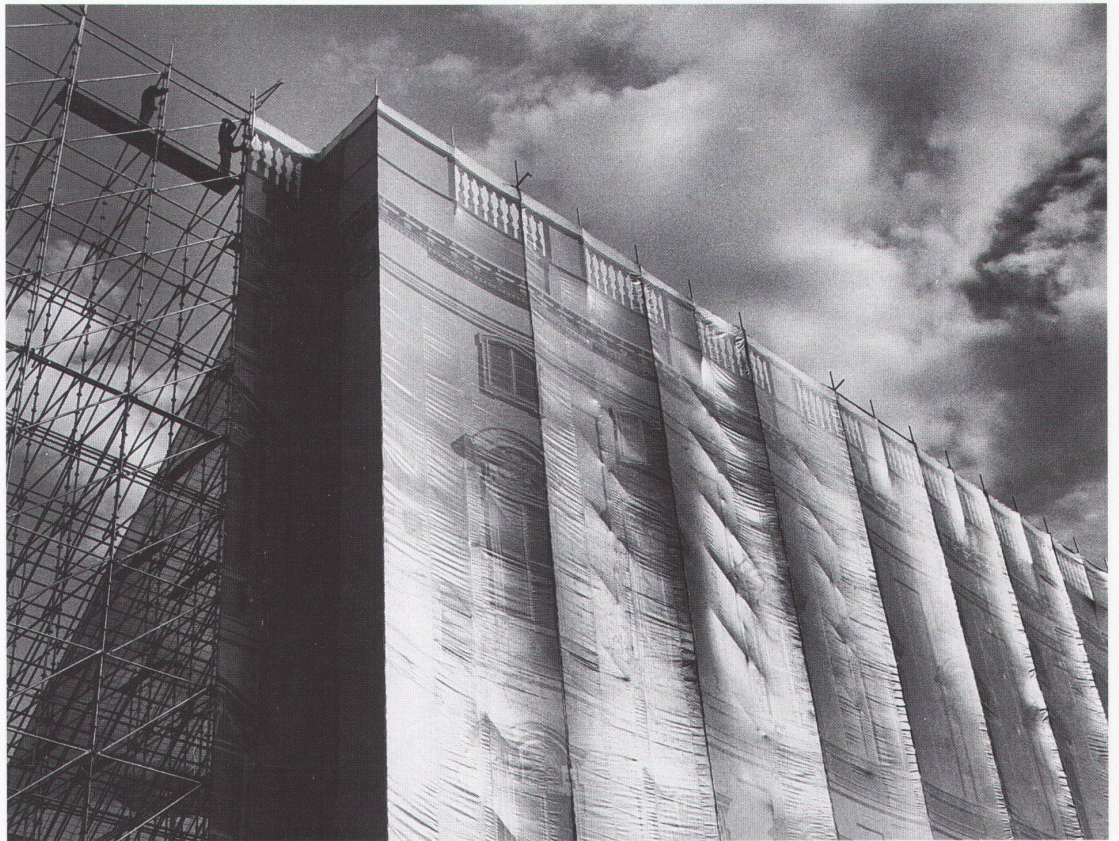
reich einer Diktatur, so ist es von vornherein ideologisch belastet. Der Versuch, solche Bauwerke als Zeitdokumente zu erhalten, vereinfacht in unzulässiger Weise einen komplizierten Entscheidungsprozess. Im ideologischen Pro und Contra muss auch das politische Argument neben historischen und ästhetischen Abwägungen eine gleichberechtigte Rolle spielen.

Wie zweifelhaft und unseriös das Milliardenunternehmen der Schlossbefürworter ist, belegt der Bauhistoriker Johann Friedrich Geist an einigen wesentlichen Details. Tausende alter Pläne mussten gezeichnet, sortiert und umgezeichnet, 250 Jahre Baugeschichte noch einmal auf ihre Einzelheiten überprüft werden, ein Unternehmen, das zwei Dutzend qualifizierte Fachleute über Jahre hinaus beschäftigen und im Gesamtergebnis nur eine methodische Unsinnigkeit bestätigen könnte: dass die Nachbildung denkmalpflegerisch und politisch fragwürdig sei.

Noch entschiedener

äussert der Kunsthistoriker Tilmann Buddensieg in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung seine baukünstlerischen Bedenken: «Schlüters Berliner Schloss kann weder als originaler Steinbau noch als Betonguss mit Fassadenverkleidung rekonstruiert werden, weil seine wichtigsten Teile das riesige Einzelstück des Bildhauers Andreas Schlüter waren... Schlüter hat die Bausteine und Säulen, die Fenster und Schmuckstücke in das Riesenwerk eines Bildhauers verwandelt. Sein Schloss war ein einmaliges Bildwerk, ein handgemachtes Einzelstück wie die wenigen grossen Bildhauerarchitekturen, das Pantheon in Athen... oder Pöppelmanns Zwinger in Dresden.»

In dem vehementen Eintreten für das Hohenzollernschloss spielen historische, städtebauliche, platzräumliche Überlegungen nur noch eine untergeordnete Rolle. Mit der rhetorischen Grossoffensive der Schlossbefürworter wird eine tiefgreifende Skepsis der neuerstandenen Preus-



senliga an der Planungskompetenz der Hauptstadt zum Ausdruck gebracht, die Fähigkeit demokratischer Willensentscheidung in Zweifel gezogen. Die Preussenfraktion, bemüht, den künstlerischen Rang des Schlosses in das rechte Licht der Öffentlichkeit zu rücken, geht zielstrebig vor. Sie selektiert, was nicht in ihr Weltbild passt. So werden bedeutende Kunsthistoriker wie Richard Hamann übergangen, der das Berliner Schloss mit einem «gros- sen, ungegliederten Kasten» verglich.

Es gehört zu den Besonderheiten Berlins, dass trotz hervorragender Museumsbauten, Opernhäuser, Bibliotheken und Theaterbauten dem Zentrum die kulturelle Aura fehlt, dass zwischen Baukunst und kulturellem Leben kein öffentlicher Dialog besteht. Diese eigentümliche Funktionalisierung von Kultur in geschlossenen Räumen zeigt, auf welchem Niveau sich eine städtische Gesellschaft befindet, die ihr Mandat, den öffentlichen Raum szenisch zu nutzen,

aufgegeben hat. Und was Richard Senett weltweit bekundet, die Foren des öffentlichen Lebens seien im Verfall begriffen, das wird in Berlin mit historischen Reminiszenzen überspielt. Die verordnete Urbanität mit ihrem breitgestreuten Nutzungskonzept veranschaulicht mehr das Dilemma, als dass der urbane Notstand dadurch behoben wird. Wie weit sich der Glaube an die Form verselbständigt hat, bemerkt man an den Argumenten der F.A.Z.-Fraktion, die freizügig über die ästhetischen Werte befindet, ohne sich dabei auf Inhalte festzulegen.

Die Erhaltung des Palastes der Republik als nationaler Notanker gegen die konservative Liga der Schlossbefürworter auszuspielen, ist mit dem Blick auf Berlins zukünftige Mitte fragwürdig. Der architektonisch höchst belanglose Bau bleibt durch sein enormes Bauvolumen standortgewichtig. Die Potenz seiner Masse bildet ein entscheidendes Gegengewicht zu dem kolossalen

Dombau: zwei Schwergewichte, die den Status quo zementieren.

Berlins neu zu planende Mitte ist ohne ordnungspolitische Vorstellung des Staates der Beliebigkeit einzelner Architekturschöpfungen ausgesetzt: eine museale Erinnerungsstätte, der die Kraft zum Leben fehlt. Konfrontiert einerseits mit den Ruinen einer auf Repräsentation bedachten Staatsarchitektur, die aus Gründen der Staatsräson die mittelalterliche Struktur zwischen Marx-Engels-Platz und Alexanderplatz beseitigte und den städtischen Raum in ein Potpourri aus Parkfläche, Einzelbauten und Denkmälern zerteilte, andererseits mit der Banalität einer kommerzialisierten Architektur: hier müssen Politiker und Stadtplaner den mühsamen Weg einer breiten Konsensbildung noch finden, um dem Zentrum seine kulturpolitische Bedeutung zu geben. Berlins Verantwortliche müssen sich dieser Herausforderung stellen. Es ist mit den republikanischen Tugenden nicht gut bestellt, wenn,

wie Heinrich Moldenshardt treffend bemerkte, die bombastische Gestik des Domes nicht nur das Wohlwollen von Herrschern, sondern auch von Beherrschten erhält.

Berlin muss sich politisch entscheiden: ob es eine Rückwendung ins Wilhelminische Zeitalter oder ob es sich – mit dem Wagnis zum Neuen – auf seine demokratische Tradition besinnen will. Es ist nicht die Wiedergewinnung eines historischen Bildes, durch das Berlin geschichtliche Identität gewinnt, es ist vielmehr die Auseinandersetzung mit dem Ort der Geschichte, welche die Substanz geschichtlicher Bilanzen bestimmt.

Gerhard Ullmann